

komplex in Deutschland auf dem Hintergrund der sich unabhängig verändernden Wirtschaftslage beunruhigt in wachsendem Maße die Weltöffentlichkeit und die Bankhäuser, die Weltmärkte und die Industriekonzerne.

Die überraschende Aktion des amerikanischen Präsidenten ist ein Ausbruch dieser Panikstimmung. Sie zeigt, wie ernst der amerikanische Kapitalismus die Lage in Deutschland beurteilt. Das amerikanische Finanzkapital hat in Europa und besonders in Deutschland sehr viel zu verlieren. Jeder sechshundert Millionen ausländischen Kapitals sind allein in Deutschland angelegt, wovon der Vorkriegsanteil auf Amerika entfällt. Morgan und Rockefeller legen sich um das Schicksal ihrer Milliarden. Sie suchen nach einem Mittel, um ohne eigene Opfer diese Milliarden zu retten. Das ist der allgemeine Hintergrund der Hoover-Aktion.

Ein weiteres Motiv, das die internationale Politik Amerikas bestimmt, ist das Bestreben, die unbeherrschte Vormachtstellung in der kapitalistischen Welt an sich zu reißen. Die Geschichte der letzten acht Jahre hat gezeigt, daß Amerika immer dann zu einem großen Angriff auf den Schauplatz der Weltpolitik ausbricht, wenn die imperialistischen Gegensätze einen bestimmten Grad der Zuspitzung erreicht haben. So war es 1921/22, so war es beim Youngplan, so ist es auch jetzt. Die geplante Hoover-Aktion soll die Abhängigkeit der imperialistischen Mächte Europas von Amerika verstärken, indem sie die Gegensätze vertieft und gegeneinander auspielt.

Dieser imperialistische Machtkampf spielt sich vornehmlich ab auf dem Rücken des besiegten Deutschlands.

Wenn die deutsche Bourgeoisie heute wieder wie einst den „Selbstverleugern“ am Horizont erblickt, so ist das ein bewußter Versuch an den verfallenden Werten Deutschlands, an eine neue Milliardenanleihe die Katastrophe von Deutschland abzuwenden, die Kräfte mildern oder gar heilen zu wollen. Sie ist eine neue goldene Schlinge um den Hals des deutschen Volkes. Kann ein Versteuern die Lage Deutschlands verbessern, die Folgen des Youngplans lockern, die Kräfte des ganzen Youngplans beheben? Nein! Die Kräfte werden dadurch nicht gestärkt. Und die Kräfte des Youngplans wird sich jenseits der Reichsgrenzen zu Katastrophe.

Welchen Grund hat die deutsche Bourgeoisie, trotz dieser unheilvollen Tatsachen die Zukunft talentlos zu malen? Keinen anderen Grund als den demagogischen Joch der Täuschung der Massen, der Ablenkung von den Segnungen der Roten Ordnung, der Bekämpfung der rebellierenden Volksmassen durch die Bewehrung einer besessenen Jähheit.

Wir Kommunisten erklären dieses verbrecherische Spiel. Es gibt für die verfallenden Massen keinen Ausweg im Rahmen des kapitalistischen Systems mehr. Jede neue „Reinigungsaktion“ der kapitalistischen Regierungen kann nur die Schlinge fester ziehen, die das Volk erdrosselt. So war es beim Youngplan, so war es beim Youngplan, so wird es auch bei dem neuen Youngplan unter den verbrecherischen Ausweitungen der Weltwirtschaftskrise viel katastrophaler werden.

Nur mit Kommunisten zeigen den verfallenden Massen den Ausweg aus Elend und Knechtschaft. Das ist der Weg des revolutionären Kampfes gegen die Bourgeoisiediktatur, der Weg der revolutionären Zerschmetterung des verfallenden Systems und der Youngpläne.

Mit der Waffe des Streikes!

Reichsfunktionärkonferenz der RGO

Berlin, 22. Juni. (Sig. Drahtmeldung.)

Am 20. und 21. Juni fand in Berlin eine Reichsfunktionärkonferenz der RGO statt, die von 128 Delegierten und zahlreichen lokalen Teilnehmern besucht war.

Im Mittelpunkt der Konferenz stand das Referat des Generalsekretärs zur Lage, der besonders den Kampf gegen die ungesetzliche Roten Ordnung betonte. In der anschließenden Diskussion diskutierten die Delegierten über den Roten Kampf der RGO und über die Erhaltung und den Ausbau des Kampfes der arbeitenden Massen in Stadt und Land. Die Konferenz schloß mit einstimmiger Beschlüssen gegen die Roten Ordnung und forderte einstimmig die Kampferklärung. Die Konferenz ruft die Arbeiterklasse zu, sich gegen jede Verleumdung der proletarischen Einheitsfront zu wehren.

Mit der Waffe des Streikes

zu wehren. Gegen die beschuldigen und verlogenen Erklärungen der SPD- und KPD-Führer, die ihre Schuld an der Roten Ordnung ablegen wollen, beschloß die Konferenz eine Gegenoffensive, in der vor der gesamten Arbeiterklasse schlicht und doch die Wesen der Verlogenheit der SPD und der KPD-Verlogenheit freigelegt werden soll. In der Welt geht es darum, damit die entschlossenen Arbeiter nicht überlistet werden die sozialdemokratische Sozialpolitik zu durchbrechen und den Weg zur roten Arbeiterfront zu bahnen. Die Konferenz beschloß einen Appell an die sozialdemokratischen Arbeiter, in dem sie aufgefordert werden, sich in die rote Einheitsfront einzuschließen und mitzufechten gegen die imperialistische Kapitalistische Herrschaft. Weiter beschloß die Reichsfunktionärkonferenz den internationalen Protest gegen das Verbot der Sparteilnahme.

Naturfreunde-Treffen Thfa!

Am Sonntag und Sonntagmorgen sind zahlreiche revolutionäre Naturfreunde mit ihren überaus schönen Klammern in die Täler in der schweizerischen Schweiz. Die schweizerische Polizei schreie nicht nur den unglücklichen Schützen jurist, um dieses proletarische Solidaritätstreffen zu verhindern. Mit aufgeplantem Seitenangriff werden die Genossen an der Grenze abgefangen. Wegen Unwetter wurde ein Teil der Genossen abgelehnt. Das alles konnte jedoch nicht verhindern, daß es in Tälern zu einer glänzenden Kampfabend kam. Das natürliche neue Volkshaus war der Treffpunkt der roten Sparteil, die von der Solidarität überaus herzlich begrüßt wurden. Umzüge und andere Veranstaltungen gaben der Nacht an diesen Tagen das Gepräge. Proletarische Solidarität läßt sich auch durch Solange nicht unterbrechen.

Die SPD-Führer setzen die Existenz von Millionen aufs Spiel

Die bürgerliche „Berliner Volkszeitung“ (Mosses-Verlag) schreibt über die Zustimmung der SPD zur Notverordnung:

„Die SPD ist mit einer Seitenblase abgedrückt worden. Sie hat für die Erhaltung einer recht zweifelhaften, wenig vertrauenerweckenden Staatsgewalt die Existenz von Millionen aufs Spiel gesetzt.“

Die SPD-Dresse lügt über „Zugeständnisse Brüning“. Sorgt für die Aufklärung der breiten Volksmassen über den Verrat und die Lügenmethoden der bankrotten SPD!

Berzweiflungsaufwurf der SPD-Führer

Unsere Antwort: Roter Großverbelag am 28. Juni!

Die Volkszeitung veröffentlichte am Sonnabend den Aufruf des SPD-Parteivorstandes, der geradezu eine Gipfelfelzung irrtümlicher Demagogie darstellt.

Der erste Satz — die erste Lüge:

„Die Sozialdemokratie hat den Kampf gegen die Roten Ordnung aufgenommen.“

Und die Tatsachen misbräutig:

Bei dem Bekanntwerden der ersten Meldungen über die Wände der neuen Roten Ordnung erklärten die offiziellen Mitglieder, mit Rücksicht auf die Lage in der SPD würde Brüning die Notverordnung erst nach dem Leipziger Parteitag herausbringen. Das hieß nicht mehr und nicht weniger, als daß der Parteivorstand mit Brüning das Spiel abgelehnt hatte um die SPD-Arbeiter zu betrügen.

Auf dem Parteitag ließ sich der preußische Ministerpräsident Braun gerade von der Reduzierung mit Brüning über den bereits ergebnislos formulierten Inhalt des Hungerdiktats, als ein Antrag abgelehnt wurde, bis zum Herauskommen der Verordnung weiterzusagen. Herr Braun hätte nicht etwa den Parteitag über den Inhalt auf — Herr Weis stellte sich als ahnungsloser Engel hin — 11 Uhr wurde der Parteitag geschlossen — 18 Uhr war die Roten Ordnung offiziell verkündet!

Und schließlich — Ablehnung des SPD-Aufrages auf Reichstagsparlamentarismus unter Hinweis auf den eigenen Antrag für Einberufung des Haushaltsausschusses. Als sich jedoch hierfür eine Mehrheit zeigte, stimmte die SPD auch dem eigenen Antrag nicht zu. Wenn der Parteivorstand hier sagt: „Die Kommunisten helfen der Reaktion“ — nun, so behauptet er öffentlich die SPD-Arbeiter, deren Urteilskraft er wahrheitsgemäß nicht einbüßt!

Nach dem Aufruf „will die SPD“ —

„Schutz der Massen vor wachsender Verelendung...“

Das ist das Gegenteil von dem, was die Kommunisten wollen! Diese falsche Furcht der Weis und Co. hinter Schirm und Tarnung, des Erwerbslosenunterstützungsrahmens, der organisierten Streikbewegung ist kaum zu überbieten! Wer anders als die Sozialdemokraten und Parteipolitiker ist mitverantwortlich für das Massenelend?

Die ein höherer Weg liegt die meiste Begründung der Schandpolitik der SPD:

„Der Notstand durch Steigerung des Elends den Weg zu einem Überlebenskampf für die Kommunisten.“

Und das macht die Volkszeitung zu veröffentlichen, nachdem sie selbst am Freitag die Meldung von der beginnenden Umkehr der Regierung durch Berührung direkter Vertrauensleute

Noter Wehrtreffen in Mittweida

Chemnitz, 22. Juni. (Sig. Drahtmeldung.)

Vom Roten rufen Wehrtreffen einberufen, fand gestern in Mittweida ein Appell der roten Wehren statt, der zu einem grandiosen Erfolg wurde. Nahezu 4000 Mitglieder aus verschiedenen Teilen Sachsens nahmen am Aufruf teil.

Am Sonnabendabend fanden in 18 Städten und Dörfern der westlichen Umgebung von Mittweida überaus erfolgreiche Wehrtreffen statt. In fast allen von der Polizei sehr öffentliche Veranstaltungen der roten Wehr wegen einer Standortveränderung des Reichsbanners verboten hatte, gab die Arbeiter in einer großen Demonstration ihren Protest richtig zum Ausdruck.

Am Sonntag früh wurde in rund 60 Ortschaften revolutionäre Wehrtreffen durch die roten Wehrtreffen durchgeführt die mit Ausnahme von kleineren Wehrtreffen mit den Volk-

516533 Arbeitslose in Sachsen

Steigende Arbeitslosigkeit der Brauen — Sollen die höchste Erwerbslosigkeit

Nach dem neuesten Bericht des Arbeitsamtes beträgt die Erwerbslosigkeit in Sachsen 516533. Dabei wird gesagt, daß bei den weiblichen Arbeitslosen bereits eine Steigerung zu verzeichnen ist, besonders für die Felleisung- und Zigarettenindustrie. Die Hauptunterstützung erhalten 156811 und Rentnerleistungen 128200, so daß 231519 Angehörige in Sachsen sind.

Aus einer Heberfakt im Reich geht hervor, daß auf 1000 Einwohner in Sachsen 264 Arbeitslosenerwerbslose, in Thüringen 23, in Hessen 18,1, in Preußen 17,8, in Bayern 10,2 und in Baden 9,7 sind. Diese hohen Zahlen der Arbeitslosen in Sachsen läßt erkennen, welche ungeheure Wirkung der Unterdrückungsdruck durch die neue Roten Ordnung auf die Lebenshaltung der Bevölkerung in Sachsen haben wird. Kein Zweifel, daß nur durch die Realisierung des vom 28. Juni der SPD ausgehenden Arbeitsbeschleunigungsplanes, der täglich beglückte Millionenbevölkerung erfährt, ein Ausweg aus der grauenhaften Notlage sein kann.

Mühlenerbeiter, beschließt Streik gegen Lohnraub!

Für die Arbeiter der Mühlenindustrie in Sachsen wurde der Lohn durch Schlichtung um 2 Prozent gesenkt, während bereits im Januar 4,5 Prozent abgezogen wurde. Jetzt erfolgt eine Herabsetzung in den Betrieben. Die RGO ruft den Mühlenerbeitern zu: Schluß mit dem Lohnraub! Beschließt den Streik gegen jeden fleißigen Lohnraub, für Juristredaktion des früheren Lohnes!

der Schwerindustrie veröffentlicht hat. Die SPD lehnt nur durch Rettung Brüning der offenen Rechtsdiktatur den Weg ab.

Der ganze Aufruf ist jedoch gleichzeitig ein Produkt der Angst und der Verzweiflung der SPD-Führer. Zitiert haben sie vor der Tatsache der Massenabwanderung der besten proletarischen Elemente zur KPD. Deshalb ist auch der „Kampf“ des Aufrufs die erbärmliche Erklärung:

„Sie (die Reichstagsfraktion der SPD!) hat richtig gehandelt, indem sie für diesen Zeitpunkt die Einberufung des Reichstages ablehnte. Sie hat richtig gehandelt, indem sie auf den sofortigen Zusammentritt des Haushaltsausschusses verzichtete.“

Die Volksbetrüger stellen sich leicht das gute Zeugnis aus, nachdem die Volksmengen einschließlich der SPD-Arbeiter ihre Handlungsmethode vernünftig beurteilten. Die Betrüger erklären sich gegenseitig: Wir haben richtig gehandelt...! Die Massen aber antworten: Ihr habt gehandelt als Volksbetrüger und Arbeiterverräter!

Der meiste Verlust, den Massen zu erzählen, die Regierung habe sich zur

„Bildung einiger sozialer Parteien“

herabgelassen wird dadurch entlarvt, daß der parteivorstand „Sozialist“ Gröschl erklären mußte:

„Was er (Brüning, Red. d. Wehr.) der Sozialdemokratie zur Bildung der Roten Ordnung zugestimmt, ist wenig, ist nicht mehr als ein behelferischer Notungserfolg der SPD.“

Wenn Gröschl das sagt... dann ist das „Zugeständnis“ weniger als — nichts! Und dann mag der Kämpfer politische Sanftmutter zu erklären!

„Die Regierung Brüning ist nicht unsere Regierung.“

Hörsch und Bruchung wird den Weis und Co. den Ober und Ober auf diesen „Aufruf“ antworten. Die Sozialdemokratie Arbeiterbetrüger erhält die Zustimmung auch von den SPD-Verleugern! Am 28. Juni, am Großverbelag der KPD und der kommunistischen Presse wird eine der Antworten erstellt werden, die immer größere Massen den Verrätern am Volk ins Gesicht schmeißt!

Schluß mit der Brüning-SPD! Einziehung in die KPD! Hinaus mit der Volkszeitung aus den Arbeiterheimen! Für die Arbeiterstimme dem Kampf gegen alle Arbeiter und Un-Verleugern!

Der 28. Juni, der rote Großverbelag in Sachsen wird zu einer Massenaktion an Brüning, Weis und seine schändlichen Verbündeten werden!

Arbeitslosen ohne Störung und erfolgreich verließen. In den Notungskunden rufen die Kolonnen von allen Seiten in Mittweida ein. Unter außerordentlichem Anteilnahme der Bevölkerung wurde eine massenhafte Demonstration in dieser Kleinbürgerstadt durchgeführt, in der die Arbeiter in den letzten Wochen die Arbeiter versammelten hatten. Die ganze Stadt stand unter dem Eindruck der roten Front, die trotz vieler großer proletarischer Veranlassungen in allen Teilen Sachsens und der gemäßigten Arbeitslosigkeit mit wachsender Stärke aufmarschierte. Unter ständiger Zustimmung aller Mitglieder wurde während des Besuchs des Appells ein Wettbewerb zur Gewinnung eines Kampfes beschlossen. Die Rundgebung war ein lebendiger Beweis für den unerschütterlichen Willen des Proletariats, unter Einsatz aller Kräfte die Volksherrschaft gegen Hunger und Faschismus zu organisieren und den Kapitalismus niederzuringen.

Christl. Bauernverein geipalten

Die Bauern gegen Grüne-Front-Politik

Nachdem sich bereits vor einiger Zeit die obersteinstädtische Organisation der christlichen Bauernvereine von der zentralen Organisation abgepalten hat, ist nunmehr auch die Christliche Schleswig-Holsteinische Bauernvereine erfolgt. Die Spaltung drückt die wachsende Rebellion der Bauern gegen die Politik der Grünen Front und der Brüning-Regierung, besonders gegen die Vertretung der Anterimittel, gegen die Militärtribunalemissionen für die Großgrundbesitzer und Wucherzinspolitik gegen über den verfallenden Bauern aus. Andererseits sucht die Führung des christlichen Bauernvereins in Schleswig-Holstein ebenfalls in der Überlieferung durch die Spaltung die unzufriedenen Bauern in die sozialistische Front zu halten. Gegen dieses Spiel müssen sich die verfallenden Bauern ebenfalls wehren, sie gegen die Brüning-Schleier-Grüne-Front-Politik und müssen in der Front mit der Arbeiterklasse für die Durchsetzung des Bauernhilfsprogramms der KPD den Kampf aufnehmen.

Zu plump gelogen

Sozialdemokratische „Enthüllungen“ aus der KPD

Es war auf den Tag genau zu berechnen, daß jetzt wieder einmal eine „inoffizielle Enthüllung“ der SPD-Presse über die verrückten Kommunisten fertig war. Was tut man nicht alles, wenn es in eigenen Häufe dient? Trompete vom die „Enthüllung“. In derselben Ausgabe des Vorwärts, die ein Notizblatt des Parteivorstandes veröffentlicht, fand man auf der 2. Seite „Kommunistische Klientelkämpfer“ finden. Dabei deutet sich Stämpfer natürlich wieder einmal der Sozialdemokratie, die ja wegen des Rohmaterial zusammengetragen. Wie sieht die ja wegen die beiden, die trotz der Höhe etwas mehr anzuführen, um nicht zu plump zu liegen, denn wir müssen um Verdienen der einzigen Tageszentrale feststellen, daß auch nicht ein Wort der Sozialdemokratie enthaltenen Behauptungen wahr ist. So im Vorwärts-Artikel enthaltenen Behauptungen wahr ist, sollte man sich doch lieber des loben in Offen entlarvten sozialdemokratischen Volkszeitung betonen, der zwar auch plump vorging, aber doch immerhin einiges Neuartige produziert.

Und jetzt warten wir auf die nächste „Enthüllung“.

SPD-Parteivorstand verbietet den „Koten Kämpfer“

Eine Gruppe oppositioneller SPD-Arbeiter im Westen Deutschlands gibt die Zeitschrift „Der rote Kämpfer“ heraus. Jetzt hat der sozialdemokratische Parteivorstand die Herausgabe dieser Zeitschrift verboten und jede Mitarbeit mit dem Verbot bedroht. Die Gruppe um den „Koten Kämpfer“ fand 1928 vom Parteivorstand mit vieler Rücksichtlosigkeit bekannt; werden, weil die feigen „Koten“ Führer am Sonnabend in ein Strafgefangen haben und mit den Maßnahmen des Parteivorstandes einverstanden sind.